POLITIKINFORMATION OSTEUROPA

43
November 1994

DIE SOZIALDEMOKRATIE IN MITTEL- UND OSTEUROPA ZWISCHEN NATIONALER UND SOZIALER FRAGE

Gliederung

0. Zusammenfassung
1. Panorama sozialdemokratischer Politik in Mittel- und Osteuropa
1.1 Mitteleuropa: Die soziale Frage gewinnt an Bedeutung
1.2 Balkan: Demokratisierung und Reformen im Schneckentempo
1.3 Baltikum: Im Schatten der Nationalen Frage
1.4 Die westliche GUS: Alles dreht sich um Rußland
2. Sozialdemokratie in Mittel- und Osteuropa: Mehr Projekt als Partei
2.1 Das Dilemma der Sozialdemokratie in Mittel- und Osteuropa
2.2 Parteien und das sozialdemokratische Projekt
3. Perspektiven der Kooperation

Zusammenfassung

1. Die Lage der sozialdemokratischen Parteien in Mittel- und Osteuropa ist prekär, aber in jedem Land mit unterschiedlichen Akzenten.
2. Während in Mitteleuropa nach kräftigen Reformfortschritten die soziale Frage wieder an Bedeutung gewinnt, dominiert in der ehemaligen Sowjetunion die nationale Frage die politische Kultur.
3. Den Reformkommunisten gelingt es besser als Sozialdemokraten und Sozialliberalen, in Mitteleuropa soziale Interessen zu repräsentieren und in Osteuropa den Ausgleich mit Rußland zu bewerkstelligen.
4. Die Kooperation muß sich weiter darauf einstellen, sozialdemokratische Politik in vielen Bereichen eines fluiden Parteienspektrums zu unterstützen.
5. Politische Partnerwahl und strategische Analyse der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung in Mittel- und Osteuropa können nur verzahnt erfolgen.

Das vorliegende Papier ist eine erweiterte und überarbeitete Fassung des Aufsatzes "Politische Kooperation mit Mitteleuropa" von Michael Dauderstädt.

Ein Informationsdienst
bteilung Industrieländer

FRIEDRICH EBERT STIFTUNG

D-53170 Bonn
Godesberger Allee 149
D-53175 Bonn
Telefon 0228/883384
Telefax 0228/883533

C 08-02827

C 08 - 02827

Friedrich-Ebert-Stiftung Bonn Bibliothek

1. Panorama sozialdemokratischer Politik in Mittel- und Osteuropa

Die Wahlsiege der Postkommunisten und anschließenden Regierungskoalitionen in einigen Ländern Mittel- und Osteuropas (MOE) werfen erneut die Frage nach den geeigneten Partnern für die Sozialdemokratie des Westens auf.

Leider sind die Kräfte, die sich selbst als Sozialdemokraten sehen und als solche international anerkannt sind, in fast allen Ländern Mittel- und Osteuropas sehr schwach. Die folgende Tabelle gibt einen groben Überblick über die Parteienlandschaft in Mittel- und Osteuropa, gegliedert nach nationalen, liberalen, sozialdemokratischen und postkommunistischen Kräften. Die Zahlen geben Sitzanteile wieder, die sich aber nicht immer zu 100 aufaddieren, da sonstige Kräfte (z.B. Bauernparteien, Christdemokraten) nicht aufgeführt sind.

Tabelle: Sitzanteil verschiedener Strömungen in Parlamenten in %:

Partei / Land	national	liberal	sozial-demokrat.	postkommunistisch
Polen	10	15	10	38
Tschechische Rep.	13	45	9	18
Slowakische Rep.	47	10	1	11+9
Ungarn	10	23	0	54
Slowenien	12	25	5	15
Rumänien	5	25	0	35+13
Bulgarien		46	0	44
Albanien		66	5	26
Litauen		20	6	52
Lettland	21	36	0	(20)
Estland	28	16	(12)	18
Rußland	23	15		12
Belarus		7	3	(60)
Ukraine	2	10	1	33+4
Moldawien	10	0	0	52+27

1.1 Mitteleuropa

Die mitteleuropäischen Länder haben mehrere freie Wahlen hinter sich und weisen nach zügigen Wirtschaftsreformen teilweise wieder ein positives Wachstum auf. Die Privatisierung ist in der Regel weit vorangeschritten. Sie sind mit der EU assoziiert und Mitglied des Europarats. Damit nähern sich ihre Probleme langsam denen demokratisch-kapitalistischer Gesellschaften.

In vier der fünf Länder (Ausnahme: Tschechien) sind die sozialdemokratischen Parteien (SI-Mitglieder o.ä.) fast bedeutungslos und die postkommunistischen Parteien nehmen inzwischen wieder Regierungsverantwortung ein.

a) Polen: Die Kinder von Solidarnosc und PVAP

In Polen litt die **Polnische Sozialistische Partei (PPS)** unter vielfältigen Spaltungen. Mit dem Tod ihres angesehenen Vorsitzenden Jan Josef Lipski, eines alten Oppositionellen, der enge Beziehungen zu Solidarnosc unterhielt, verlor sie weiter an Orientierung. Sein Nachfolger, Piotr Ikonowicz trat kurz vor den Wahlen 1993 zur postkommunistischen Sozialdemokratie über. In der gegenwärtigen politischen Landschaft sind die Reste der PPS ohne jeden Einfluß.

Von den sieben im Parlament vertretenen Parteien weisen drei sozialdemokratische Kräfte auf:

* Die **"Union der Arbeit" (UP)** ist aus Solidarnosc hervorgegangen, hat inzwischen aber auch ehemalige Kommunisten aufgenommen. Sie hat bis Ende Juni die Koalitionsregierung von der Postkommunisten (SLD) und Bauernpartei unterstützt, nimmt aber seitdem stärker eine Oppositionsrolle ein. Sie gilt als sozialdemokratisch.
* Die **"Union der Freiheit" (UW)** entstand aus dem Zusammenschluß der **Demokratischen Union (UD)** von Mazowiecki und des Liberaldemokratischen Kongreß (KLD) von Donald Tusk. Die neue Partei hat ein stärker liberales Profil als die UD, die immer einen sozialliberalen Flügel aufwies (Frasyniuk, Kuron, Kuratowska).
* Der **Linksblock (SLD)**, der von der postkommunistischen **"Sozialdemokratie der Republik Polen"** von Kwasniewski geführt wird schließt u.a. auch die alte Gewerkschaft OPZZ ein. Andererseits gilt sie auch als Vertreterin einer inzwischen zur wirtschaftlicher Macht aufgestiegenen Gruppe von alten Nomenklaturaleuten (z.B. Jerzy Urban). Als Koalitionspartner in der Regierung verfolgte sie zunächst einen Kurs der Reformen und der Westintegration Polens weiter. In letzter Zeit mehren sich jedoch auch andere Zeichen (Rezentralisierung, Wiederannäherung an Moskau).

b) Tschechische Republik: Linke Mitte bei konservativer Hegemonie

Die politische Landschaft Tschechiens weicht stark vom Muster der übrigen mittel- und osteuropäischen Länder ab. Die Kommunisten sind orthodox, die liberal-konservative Regierung (ODS etc.) unangefochten und die **Sozialdemokraten (CSSD) relativ stark** (d.h. zumindest im Parlament vertreten und mit etwa 9% in den Umfragen).

Zwar haben sich die Kommunisten mehrfach gespalten, aber die einzelnen Spaltprodukte mit teilweise eher sozialdemokratischem/sozialistischem Anspruch stellen keine Alternative zur CSSD dar. Die **Bürgerpartei von Klaus (ODS)** macht zwar eine maßvollere und sozialere Politik als die Rhetorik des Premiers vermuten läßt, ist aber fest im konservativen Lager verankert.

Relevanter sind in Tschechien eine Reihe von **Persönlichkeiten** wie der Präsident Havel, der ehemalige tschechische Ministerpräsident Pithart u.a., die als sozialliberal wenn nicht gar sozialdemokratisch gelten können. Sie repräsentieren eine Gruppe der tschechischen Intelligenz, die traditionell für demokratische und soziale Werte eintritt und die in einem westlichen Land mit hoher Wahrscheinlichkeit in der Sozialdemokratie ihre politische Heimat hät-

ten. Teilweise findet sich ihr mehr liberaler Flügel in der "Bürgerbewegung" (OH) von Dienstbier, die bei den Wahlen 1992 an der 5%-Hürde scheiterte und der liberalen Internationale angehört. Leider ist es der CSSD nie gelungen, für diese in der Öffentlichkeit einflußreichen Personen attraktiv zu werden.

c) Slowakische Republik: Kein Platz zwischen Weiß und Meciar

Die **sozialdemokratische Partei der Slowakei** (SSSD) ist spätestens seit dem Tod Dubceks ohne größere Chancen. Aus der gleichen Einschätzung heraus hat sie versucht, mit anderen politischen Kräften engere Kooperationsbeziehungen einzugehen. Dabei setzte sich in ihr der Flügel, der mit der postkommunistischen SLD von Peter Weiß kooperiert, gegen den durch, der eher mit der HZDS des ehemaligen Ministerpräsidenten Meciar Kontakt hielt.

Die **Partei der Demokratischen Linken (SLD)** ist neben der HZDS die zweitstärkste Partei der Slowakei. Sie war Koalitionspartner der Minderheitsregierung aus Christdemokraten, liberalen HZDS-Abspaltungen und SLD. Mit den Sozialdemokraten hat sie eine feste Kooperationsvereinbarung und bildete mit ihr und den Grünen ein Wahlbündnis. Diese "Sozialdemokratisierung" der SLD hat zuletzt eine größere Gruppe von Altkommunisten zum Austritt veranlaßt, die eine orthodoxe "Vereinigung der Arbeiter" (ZRS) gründete. Die SLD unterhält auch zunehmend engere Beziehungen zur westlichen Sozialdemokratie.

Die **HZDS Meciars** umfaßte als relativ breite Sammlungsbewegung immer schon sozialdemokratische Personen und Tendenzen. Sie konnte sich jedoch nie klar dazu entscheiden, für sich das Etikett "sozialdemokratisch" in Anspruch zu nehmen. Die beiden von der HZDS abgespaltenen neuen Parteien haben sich eher liberal orientiert, obwohl auch ihnen eine Reihe von Personen angehören, die als sozialdemokratisch gelten. Die Rest-HZDS, die die Wahlen im Oktober gewonnen hat, zeichnet sich unter der einsamen Führung Meciars mehr und mehr durch nationale Elemente aus. Im Parlament arbeitet sie mit den Nationalisten und Altkommunisten zusammen.

d) Ungarn: Sozialistischer Triumph

Die **ungarischen Sozialdemokraten** (MSZDP) haben auch nach ihrer "Wiedergeburt" aus den Wirren der Petrasovits-Phase und trotz eines prominenten Vorsitzenden bei den Wahlen keinen Erfolg erzielt. Immer stärker deutet sich eine Zusammenarbeit mit den Sozialisten an.

Die **Sozialisten** (MSZP) haben sich seit Jahren um ein sozialdemokratisches Image bemüht. Der sozialdemokratische Flügel von Vitanyi hat trotz Dominanz des technokratischen Zentrums um den jetzigen Premier Horn das Parteiprogramm verfaßt. Die Partei hat sorgfältig ihre Beziehungen zur westlichen Sozialdemokratie gepflegt. In Ungarn arbeitet sie eng mit der alten Gewerkschaft MSZOSZ zusammen, stützt sich aber auch auf aus der Nomenklatura hervorgegangene neue Unternehmer. Nach dem Wahlsieg hat sie trotz absoluter Mehrheit eine Koalition mit dem liberalen SZDSZ gebil-

det, von der man erwarten darf, daß sie nationalistischen Tendenzen (Flügel um Szürös) und anderen Versuchungen der Macht vorbeugt.

Die Freien Demokraten (SZDSZ) hielten lange eine äquidistante Position zur Liberalen und Sozialistischen Internationale, bis sie sich schließlich doch mehr den Liberalen zuwandten. Trotzdem gibt es noch eine sozialdemokratische Gruppierung in der Partei, auch wenn sie durch den Austritt Podkonitzkis (der zur MSZDP wechselte) geschwächt ist. Ihre intern nicht unumstrittene Koalition mit der MSZP zeigt ihre Bereitschaft zur Öffnung nach links.

e) Slowenien: Parlamentarische Randlage

Die slowenischen Sozialdemokraten (SDSS) bilden die kleinste Fraktion im Parlament (4 Sitze), sind aber im Gegensatz zu vielen anderen MOE-Ländern dort wenigstens vertreten. Bis März gehörten sie auch der Koalitionsregierung an, in der ihr Vorsitzender Janez Jansa den Verteidigungsminister stellte.

Die Reformkommunisten finden sich in Slowenien vor allem in zwei Parteien, den Liberaldemokraten und der Vereinigten Liste. Die Liberaldemokraten gingen aus dem alten Jugendverband hervor und wurden bei den Wahlen 1992 die stärkste Partei. Die von ihnen geführte Koalitionsregierung verfolgt einen aktiven Reformkurs. Die Vereinigte Liste besteht aus der Hauptnachfolgepartei der Sozialisten, der "Partei des Sozialdemokratischen Wandels" (SDP) und der Sozialdemokratischen Union (SDU), die jugoslawisch-föderalistisch orientiert ist. Beide gehören neben den Christdemokraten der Koalitionsregierung an.

1.2 Balkan: Demokratisierung und Reformen im Schneckentempo

In den Balkanländern Albanien, Bulgarien und Rumänien leiden die Reformen unter den permanenten parteipolitischen Auseinandersetzungen, die eine stabile politische Steuerung verhindern. Zwar sind nur in Rumänien die Kommunisten noch an der Macht, aber weder in Bulgarien noch in Albanien kann man von einer gefestigten demokratischen politischen Kultur sprechen.

Die Sozialdemokraten haben überall geringen Einfluß. Die Reformkommunisten haben sich in Bulgarien am stärksten reformiert, wo sie unter der Führung des brillanten, jungen Zdenev gute Aussichten auf einen Wahlerfolg nach polnischen Muster haben.

a) Albanien: Die autoritäre Versuchung der regierenden Demokraten

Seit den Wahlen 1992 regiert die ehemalige Opposition "Demokratische Partei" mit solider Mehrheit auf einem konservativ-liberalen Kurs. Allerdings mehren sich in letzter Zeit Versuche der Regierung, die heutige Opposition einzuschüchtern, die mit westlichen Demokratievorstellungen kaum in Einklang stehen.

Die Sozialdemokraten (SDPA), die bei den Wahlen nur 7 der 140 Sitze erobert hatte, kritisierte diese Tendenzen, die zeigen, daß zumindest in Regierungsstil auch die Demokraten die totalitäre Vergangenmheit nicht völlig überwunden haben.

Die ehemaligen Kommunisten haben sich in **Sozialisten** umbenannt. Ihr Führer **Fatos Nano** sitzt seit 1993 wegen Veruntreuung italienischer Hilfsgelder im Gefängnis.

b) Bulgarien: Mittelose Parteienlandschaft

Die **Sozialistische Partei** (BSP) unter Videnov kann zwar nicht als sozialdemokratisch gelten, stützt aber nun seit 1992 den demokratischen, reformorientierten Präsidenten Zhelev und seinen Premier Berov. Innerhalb der Sozialisten gibt es mehrere sozialdemokratische Fraktionen (Lukanov, Pirinski, Propov u.a.). Eine wichtige Gruppe dieser Art unter Alexander Tomov hat sich als **"Bürgerallianz für die Republik"** (GOR) abgespalten und sich mit der **BSDP Dertlievs** verbündet. Auf dem letzten Parteitag im Juni 1994 setzte sich die stärker sozialdemokratische Richtung um Lukanov und - seit neuem - Videnov partiell gegen die alte Orthodoxen um Lilov durch.

Die **Sozialdemokraten der BSDP** hatten sich 1990 zunächst dem Oppositionsbündnis Union der Demokratischen Kräfte (UDK) angeschlossen, dieses vor den Wahlen im Oktober 1991 aber verlassen und war dann an der 4%-Hürde gescheitert. Eine Abspaltung unter Kurtev, die in der UDK verblieb, erhielt 10 Mandate.

Das **UDK-Bündnis** versuchte unter Führung Dimitrovs und des Nationalen Koordinierungsrates seit Jahren erfolgslos, den Präsidenten Zhelev, seinen Gründer, zu stürzen. Dabei hat es tendentiell konservativere Positionen eingenommen, insbesondere auch monarchistische. Gemäßigte sozialliberale Abspaltungen unterstützen Zhelev, sind aber in ihrer Stärke schwer einzuschätzen.

Die Gewerkschaften Podkrepa und der reformierte alte Verband stehen ebenfalls mehr hinter Zhelev.

c) Rumänien: Nationalisten und Postkommunisten an der Macht

Der Sturz Ceausescus brachte nicht die demokratische Opposition, sondern die lang unterdrückte Moskau-Fraktion der Kommunisten an die Macht. Sie spaltete sich 1992 in eine orthodoxere Gruppe um den **Präsidenten Iliescu** und eine reformorientierte Richtung um Petre Roman. Iliescus Partei nennt sich seit 1993 "Partei der sozialen Demokratie", ist aber eher reformkommunistisch und hält sich seit den Wahlen 1992 durch eine Koalition mit nationalistischen Parteien an der Macht. Parteivorsitzender ist O. Gherman.

Romans "Demokratische Partei" versteht sich als sozialdemokratisch und sucht seit langen eine intensiveren Kontakt zur westlichen Sozialdemokratie. Sie befindet sich zusammen mit dem Reformbündnis "Demokratische Konvention" (DK) in der Opposititon. Der DK gehören auch die Sozialdemokraten an, die 1990 bei den ersten Wahlen nur

0,3% erzielt hatten, aber als DK-Mitglieder 10 Abgeordnete stellen.

1.3. Baltikum: Im Schatten der Nationalen Frage

Im Baltikum überlagert die **nationale Frage** des Verhältnisses zu Rußland und zur jeweiligen russischen Minderheit alle anderen politischen Bruchlinien. Die Sozialdemokraten sind schwach (Estland, Litauen) bis bedeutungslos (Lettland) und vertreten eine gemäßigte Position in der nationalen Frage. Die Postkommunisten nehmen nur in Litauen eine hervorragende Rolle ein.

a) Estland: Bündnis mit der nationalen Mitte

Die **Estnischen Sozialdemokraten** zogen 1992 als Teil des "moderaten" Wahlbündnisses ins Parlament ein und beteiligten sich an einer Regierungskoalition der rechten Mitte um den Wahlsieger **"Vaterland"**.

In der Opposition sind u.a. die Reformkommunisten des Bündnisses **"Sicheres Heim"**, die vor allem die Interessen der alten Nomenklatura sowie der Leiter der Staatsunternehmen und Kolchosen vertreten, und die **"Volksfront"**, die für den Ausgleich mit der starken russischen Minderheit eintritt.

b) Lettland polarisiert sich an den Russen

Die **Lettische Sozialdemokratie** (LSDSP) erhielt bei den Wahlen im Juni 1993 unter 1% der Stimmen und ist somit weitgehend unbedeutend.

Da alle Parteien für Marktwirtschaft und Demokratie eintreten, polarisiert sich die Links-Rechts-Zuordnung an der nationalen Frage. Zur "Linken" zählen die Strömungen, die für die liberale Lösung einer Staatsbürgerschaft für alle (auch die Russen) eintreten, vor allem die postkommunistische **"Gleichberechtigung"** und das Wahlbündnis **"Harmonie für Lettland"**, das der gemäßigten Mitte zuzurechnen ist. "Gleichberechtigung" erhielt bei den Wahlen 5,7%, "Harmonie" 12% der Stimmen.

c) Litauen: Opposition gegen Brazauskas

Im Herbst 1992 kehrte mit der **Litauischen Demokratischen Arbeiterpartei (LDAP) von Brazauskas** die erste postkommunistische Partei in MOE an die Macht zurück. Sie profitierte vom überzogenen Nationalismus der Sajudis-Volksfront unter Landsbergis. Sie vertreten eine gemäßigte nationale Position und treten für einen sozial abgefederten Reformkurs ein. Im April 1993 löste Ministerpräsident Slezevicius Brazauskas als Vorsitzenden ab.

Die litauischen Sozialdemokraten von Sakalas hatten bei den ersten Wahlen 1990 neun Sitze und 1992 acht Sitze (von insgesamt 141) erzielt. Sie befinden sich in der Oposition.

1.4. Die westliche GUS: Alles dreht sich um Rußland

Die klassischen sozialdemokratischen Programmpunkte der Demokratie und der sozialen gestaltung der Marktwirtschaft treten in der Politik aller GUS-Länder außer Rußland zurück hinter der nationalen Frage, die vor allem fordert, das **Verhältnis zu Rußland** zu bestimmen. In Rußland stellt sie sich weniger dringlich, aber ebenfalls mit hohem Stellenwert als außenpolitische Frage und als Problem des föderalen Aufbaus. In allen Ländern polarisiert außerdem die starke Stellung des Präsidenten die politische Landschaft.

a) Rußland: Einflußlose Vielfalt

Hunderte von Gruppen zählen sich zur russischen Sozialdemokratie. Die relativ bekannteste **"Sozial-Demokratische Partei Rußlands"** (SDPR) um Orlow, Rumjanzew und Wolkow erreichte durch ihr frühzeitiges Eintreten für Jelzin zeitweise einen gewissen Einfluß, auch in Form einer Beteiligung am Kabinett Gaidar. Nicht zuletzt wegen einer Spaltung (Rumjanzew gründete ein eigenes "Rußländisches Sozialdemokratisches Zentrum" - RSDC) blieb sie danach unter dem Vorsitz von Golow einflußlos. Bei den Wahlen 1993 unterstützte sie den Jawlinskij-Block (Jabloko), der 7,9% der Stimmen und 27 Dumasitze erhielt. Ende Oktober ersetzte ein Parteikongress in einer - allerdings umstrittenen - Abstimmung Golow durch Obolenski.

Im **linken Spektrum** finden sich Kräfte mit sozialdemokratischem Anspruch in verschiedenen Parteien:

- In der kommunistischen Partei (KPRF) gibt es einen reformkommunistischen Flügel.
- Die kleine "Partei der Arbeit" (PT) steht der KP nahe.
- Die "Sozialistische Partei der Werktätigen" (SPT) zeichnet sich durch eine sozialdemokratische Führung und eine mehr traditionell kommunistische Basis aus.
- Die "Sozialdemokratische Volkspartei Rußlands" hat einen sozialdemokratischen Flügel um Lipickij und einen sozialpatriotischen unter Ruckoj.
- Eine Reihe Reformpolitiker (darunter Jakowlew, Popow, Burbulis, Schatalin) arbeiten an einem "sozialdemokratischen Projekt".
- Am 30. Oktober gründeten Teilnehmer den meisten der vorgenannten Gruppierungen die "Sozialdemokratische Union Rußlands", die allerdings keine Partei sein will und u.a. Parteien als kollektive Mitglieder umfaßt. Vorsitzende der Union wurden Lipickij, Obolenski und der stellvertretende Gewerkschaftsvorsitzende Jurgens.

In der chaotischen politischen Szene Rußlands ist es schwer, sozialdemokratische Positionen auszumachen. Zahllose Konfliktlinien überschneiden sich: Nationalisten vs. Vertreter einer friedlich-kooperativen Außenpolitik; Föderalisten vs. Zentralisten; Präsidialdemokraten vs. Parlamentsdemokraten; Reformer vs. Besitzstandswahrer; etc. In einigen dieser Konflikte gibt es keine

"sozialdemokratische" Position, bei anderen überschneiden sich die Loyalitäten. Unter den in der Duma vetretenen Parteien dürften sozialdemokratische Tendenzen und Kräfte auch im **Jabloko-Block**, in **"Rußlands Wahl"** und in zweiter Linie bei den "Demokraten" (Trawkin, Bogomolow), der "Partei der Rußländischen Einheit und Eintracht" (Sachraj) und den "Frauen Rußlands" zu finden sein.

b) Belarus: Wichtiger Teil der demokratischen Volksfront

Die weißrussischen **Sozialdemokraten** (**"Gramada"**) bilden mit 11 von 346 Abgeordneten eine kleine, aber nicht bedeutungslose Gruppe. Sie traten zwar 1992 aus der Volksfront aus, arbeiten aber weiter eng mit ihr zusammen. Die Volksfront selbst hat 26 Abgeordnete.

Die Präsidentschaftswahlen im Juni 1994 zeigten mit dem überraschenden und überwältigenden Sieg des pro-russischen Lukaschenko **die Dominanz der nationalen Frage** in der belarussischen Politik. Der Kampf um Demokratie und Marktwirtschaft, der den Konflikt zwischen Volksfront und Nomenklatura bestimmte, trat demgegenüber zunächst zurück. Lukaschenko hat sich inzwischen von seiner prorussischen Position entfernt.

c) Ukraine: Prorussischer Osten und nationaler Westen

Die ukrainischen **Sozialdemokraten** sind schwach und zersplittert. Sie finden sich - programmatisch teils schwer zu verorten - in einer Reihe von Parteien, darunter die "Sozialdemokratische Partei", die "Vereinigte Sozialdemokratische Partei", die "Partei der demokratischen Wiedergeburt" und die "Demokratische Partei".

Die postkommunistischen **"Sozialisten"** sind wenig reformorientiert und haben 1994 an die wieder zugelassene orthodoxe Kommunistische Partei erheblich Mitglieder und Einfluß abgeben müssen.

Auch die ukrainische Politik strukturiert sich jenseits der Fragen von Demokratie und Marktwirtschaft vorrangig über die **Haltung gegenüber dem jeweiligen Präsidenten und Rußland** sowie damit verbunden mit der Frage der Nation und ihrem inneren Aufbau (z.B. Autonomie der Krim).

d) Moldawien: Keine Chance gegen die alte Elite

Bei den Wahlen im Februar 1994 scheiterten sowohl die **Sozialdemokraten** von Nantoi als auch die "Demokratische Partei der Arbeit" von Arseni an der 4%-Hürde.

Die Postkommunisten teilen sich in die mehr moldawisch-nationalen **"Agrardemokraten"**, die die Wahlen mit 45% der Stimen gewannen, und den pro-russischen **"Sozialisten"** (25%). Beide Parteien repräsentieren die alte Nomenklatura und Wirtschaftselite.

2. Sozialdemokratie in Mittel- und Osteuropa: Mehr Projekt als Partei

2.1. Das Dilemma der Sozialdemokratie in Mittel- und Osteuropa

Die Lage der sozialdemokratischen Parteien in Mittel- und Osteuropa ist prekär. Im parteipolitischen Spektrum nehmen die sozialdemokratischen Parteien in der Regel **unter 5%** ein. Im Raum der politischen Projekte dürfte ihr Anteil mit Sicherheit häher liegen. Nur bilden die Parteien nicht den Kristallisationspunkt für die Projekte und auch nicht für die Personen, die diese verkörpern oder auch nur mittragen. Angesichts der Geschichte Mittel- und Osteuropas kann dies nicht überraschen.

a) Mittel- und Südosteuropa:

Vierzig Jahre kommunistischer Parteidiktatur haben vor allem in Mitteleuropa ein ganzes Bündel **politischer Ideen und Konzepte diskreditiert**, das auch die Sozialdemokratie historisch und programmatisch prägte:

- die Tendenz, für gesellschaftliche Probleme holistische Lösungen zu suchen;
- die Annahme, daß diese Lösungen im direkten Interesse der Arbeitnehmer liegen;
- die Formulierung und Organisation dieser Interessen durch eine politische Partei;
- ein Vertrauen in den (demokratischen) Staat als zentraler Durchführungsagentur für diese Lösungen;
- eine Bevorzugung der Verteilungspolitik vor der Angebotspolitik.

Nach dem Sturz des kommunistischen Systems dominierten daher politische Kräfte, die sich überwiegend auf andere, stärker **liberale Prinzipien** stützten. Diese Prinzipien gaben den Weg vor, den der vollständige Umbau des "real existierenden Sozialismus" beschreiten mußte. Unabhängig davon, welchen endgültigen Mix von sozialer Sicherheit einerseits und individueller Freiheit zur Übernahme von Lebensrisiken und -chancen andererseits eine postkommunistische Gesellschaft anstrebte, zunächst mußte und wollte sie ein ganzes Stück Sicherheit zugunsten von mehr Freiheit opfern. Der Weg war also notwendig liberal, das Ziel wahrscheinlich eher sozialdemokratisch, nämlich ein demokratischer, marktwirtschaftlicher Wohlfahrtsstaat.

b) Ehemalige Sowjetunion:

In Osteuropa allgemein, aber besonders in der ehemaligen Sowjetunion war **Nationalismus eine wesentliche Triebfeder der Transformation.** Den Oppositionsbewegungen dort ging es in erster Linie um nationale Unabhängigkeit und Befreiung von der sowjetischen Herrschaft und in zweiter Linie um Marktwirtschaft und Demokratie, während in Mitteleuropa die Prioritäten umgekehrt lagen. Das Projekt der nationalen Unabhängigkeit liegt aber quer zum sozialdemokratischen Projekt und bezeichnenderweise haben auch in diesen Ländern jenseits von links-rechts-Orientierungen die Parteien

oder Bewegungen die Politik bestimmt, die das nationale Projekt am überzeugendsten vertraten.

Traditionell verstand sich die Sozialdemokratie mehr internationalistisch und kämpfte gegen die Verdrängung der sozialen Frage durch die nationale und trat entschieden für friedliche Zusammenarbeit zwischen Völkern bzw. Nationen ein. Jenseits der Frage der nationalen Unabhängigkeit treten Sozialdemokraten im Westen eher für Minderheitenrechte, regionale Autonomie, föderalen Staatsaufbau und mehr Kompetenzen für Länder und Gemeinden ein (z.B. in Spanien). Diese (auch) sozialdemokratischen Prinzipien traten in Osteuropa hinter der Unabhängigkeitsfrage zurück, könnten aber bei der Lösung der inneren Probleme der Vielvölkerstaaten eine erhebliche Rolle spielen.

2.2. Parteien und das sozialdemokratische Projekt

Die Parteien in Mittel- und Osteuropa profilieren sich an unterschiedlichen Konfliktlinien:

- In **Mitteleuropa** überwiegend und zunehmend an der wirtschafts- und sozialpolitischen Auseinandersetzung um **soziale Abfederung der Reformen** und Abgrenzung zwischen öffentlichen und privaten Aufgaben;
- in der **ehemaligen Sowjetunion** überwiegend, aber in einigen Ländern abnehmend, an der **nationalen Frage** und dem Verhältnis gegenüber Rußland und der russischen Minderheit im eigenen Land.

a) Mitteleuropa:

Den **Konflikt zwischen dem liberalen Weg** des Aufbaus einer Marktwirtschaft durch Rückdrängung des übermächtigen kommunistischen Staates **und dem sozialdemokratischen Ziel** einer wohlfahrtsstaatlich verfaßten Marktwirtschaft hätte wohl kaum eine Partei aushalten können. Wer eine lange Reise vor sich hat, erwartet vom Fahrer, daß er den Fuß auf dem Gas und nicht auf der Bremse hat. Nach fünf Jahren mehr oder weniger rasanter Fahrt wächst allerdings jetzt bei einem zunehmenden Teil der Mitreisenden in Mitteleuropa der Wunsch nach einem Tempowechsel oder einer Rast.

Diesen Wunsch artikulieren die Wähler aber bisher nicht durch Stimmen für die Sozialdemokratie, sondern für die **Postkommunisten**. Die Gründe dafür liegen nahe:

- Gerade die Sozialisten in Ungarn und in der Slowakei, aber auch in Polen, Bulgarien und Slowenien geben sich sozialdemokratisch und können vom durchschnittlichen Wähler kaum von Sozialdemokraten unterschieden werden.
- Typische Ängste, die von Kommunisten nur Diktatur, Planwirtschaft und Ausverkauf nationaler Interessen an die Sowjetunion erwarteten, haben ihre Grundlage und ihre Wirkung eingebüßt.
- Die Postkommunisten verfügen über flächendeckende und mitgliederstarke Organisationen, guten Zugang zu Medien und einen großen Pool erfahrener Fachleute, denen die Wähler die professionelle Umsetzung von Politiken zutrauen.

Damit haben die **Reformkommunisten** (die tschechische KSCM verdient diesen Namen nicht) **gute Chancen**, in Mitteleuropa das sozialdemokratische Projekt einer demokratischen Marktwirtschaft, die die soziale Dimension nicht vernachlässigt, zu besetzen.

Mit ihnen konkurrieren jene **sozialliberalen Kräfte**, die den Umbruch und die Reformen danach getragen haben, wie die "Union der Freiheit" in Polen, die Freien Demokraten und Jungen Demokraten in Ungarn, die Splitter der DEMOS-Koalition in Slowenien, die demokratischen Oppositionsbündnisse in Bulgarien und Rumänien, Teile der alten HZDS in der Slowakei und die Reformer in der Tschechischen Republik, die sich teils in der ODS von Klaus, teils in Dienstbiers OH, teils außerhalb der Parteien befinden. Diese Sozialliberalen haben Schwierigkeiten, das sozialdemokratische Projekt zu übernehmen:

- Sie lehnen das Etikett "sozialdemokratisch" ab, da es sich ihnen mit jener oben aufgelisteten Ideenpalette verbindet, die für sie kommunistisch "kontaminiert" ist.
- Liberale und konservativ-christliche Politik ist in der Praxis - auch und vor allem des Westens - kaum von sozialdemokratischer zu unterscheiden.
- Die genaue Positionierung einer Gesellschaft im Spannungsfeld von Markt und Staat, Sicherheit und Freiheit oder Gleichheit und Effizienz bleibt eine langfristige Gratwanderung, in der sich unterschiedliche Phasen in einem mühsamen Suchprozeß bei einem dynamischen äußeren Umfeld ablösen (die von A.O. Hirschman beschriebenen "Shifting Involvements"). Diesen Phasen entsprechen oft, aber nicht zwangsläufig unterschiedliche Parteien. Besonders erfolgreiche Parteien pendeln mit und verfolgen auch ihrer Grundideologie fremde Politiken (z.B. die spanischen Sozialisten).

b) Ehemalige Sowjetunion:

Die **nationale Frage** stand im Mittelpunkt der politischen Auseinandersetzungen im Baltikum und der GUS außer Rußland. Aber selbst in Rußland nehmen Fragen der Föderationsstruktur und der Beziehungen zum "Nahen Ausland" eine zentrale Rolle ein. An dieser Bruchlinie polarisiert sich das politische Spektrum stärker als an Fragen der Wirtschaftsreform oder Demokratisierung. Sozialdemokraten waren aber in keinem Land entschiedenen Vorreiter dieser Unabhängigkeitsbewegungen, sondern in der Regel konservative Kräfte mit liberalen Nuancen.

Postkommunistische Gruppierungen stellen sich unterschiedlich zur nationalen Frage. Ihre Machtbasis bildet oft ein Teil der lokalen Nomenklatura, der seine ökonomische und politische Macht durch Distanzierung von der Kontrolle Moskaus vergrößern will. So ist es in einigen Ländern den **Postkommunisten** gelungen, sich vom Odium der "Handlanger Moskaus" zu befreien, vor allem wenn sie sich frühzeitig von der KPdSU losgesagt hatten wie etwa die Litauische KP. In anderen Ländern traut man ihnen bei aller Unabhängigkeit eher als den Nationalkonservativen zu, das - auch wirtschaftlich entscheidende - Verhältnis zu Rußland zu entspannen.

Dort, wo sich der **Wunsch nach sozial gebremsten Reformen mit dem nach Entspannung ethnisch-nationaler Konflikte** verbindet, sind die

Postkommunisten besonders gut plaziert. Dies gilt etwa für Moldawien, die östliche Ukraine, Belarus, Litauen.

c) Zwischen nationaler und sozialer Frage:

Den eigentlichen Kontrapunkt zum sozialdemokratischen Projekt bilden daher in Mittel- und Osteuropa nicht die liberalen Reformer, sondern die sich berührenden Extreme **orthodoxer Kommunisten und autoritärer Nationalisten.** So haben bei dem jüngsten antideutschen Zwischenfall in Theresienstadt die Kommunisten der KSCM Verständnis für die von allen Demokraten verurteilten nationalistischen Schläger der SRP-RSC (Sladek) geäußert. In Rumänien koaliert Iliescu mit dem Nationalisten Funar.

An fünf Politikfeldern lassen sich die **Bruchlinien** zwischen Liberalen und sozialdemokratisierten Postkommunisten einerseits und Nationalisten und Altkommunisten andererseits erkennen[1] :

1. Rücknahme des Staates versus starker Zentralstaat;
2. Marktwirtschaft und Privateigentum versus Beibehaltung staatlicher Regulierung und Widerstand gegen Privatisierung;
3. Öffnung zum Ausland versus Abschottung;
4. Anerkennung individueller Rechte (auch Minderheiten) versus Staatsdominanz;
5. politische Westintegration (EU, NATO) versus Nationalismus.

Nationalisten und Altkommunisten haben bisher relativ wenig Erfolg, stellen aber spätestens dann in Mittel- und osteuropa ein größeres **Gefahrenpotential** dar, wenn die jetzt regierenden Postkommunisten ihre Aufgabe einer sozial abgefederten Modernisierung nicht lösen können.

3. Perspektiven der Kooperation

Die Zusammenarbeit mit Partnern in Mittel- und Osteuropa muß angesichts dieser Lage primär darauf zielen, das sozialdemokratische Projekt zu stärken und nicht eine bestimmte Partei. Dazu bedarf sie einer **parteiübergreifenden Kooperation** mit Personen und Gruppen in verschiedenen Parteien sowie außerhalb von Parteien.

Dabei kann der Prozeß des Dialogs mit den Partnern nicht von der Analyse der politischen und gesellschaftlichen Entwicklung getrennt werden, die sich kontinuierlich zweier Aufgaben annehmen muß:

a) die Partner zu identifizieren; ihre Werte, Ideen, Politiken und Strategien zu verstehen; ihr politisches Potential abzuschätzen.
b) zu bestimmen, in welchem objektiven und subjektiven Zustand sich die mittel- und osteuropäischen Gesellschaften befinden und welche **strategische Präferenzphase** (Markt-Staat, Gleichheit-Effizienz, Sicherheit-Freiheit, nationale Behauptung-friedlicher Ausgleich, Integration-Abgrenzung) ansteht, wobei

---

[1] Diese Liste stützt sich auf Heinz Timmermann: "Die KP-Nachfolgeparteien in Osteuropa: Aufschwung durch Anpassung an nationale Bedingungen und Aspirationen" BIOST Köln 31-1994.

evtl. Stimmungslagen und harte ökonomische Erfordernisse auseinanderfallen können.

a) Politische Analyse möglicher Partner

Die politischen Systeme in MOE sind noch nicht gefestigt. Es ist sogar zweifelhaft, ob sie je eine Struktur erreichen werden, wie sie in alten Demokratien wie Großbritannien oder den USA zu beobachten ist. Die Bewegung, die auch in relativ etablierte Parteiensysteme in Westeuropa (Italien, Frankreich) gekommen ist, spricht dafür, daß unter den erheblich dynamischeren gesellschaftlichen Bedingungen in MOE mit noch weniger Stabilität zu rechnen ist.

Auf diese fluide Situation muß sich die Kooperation einstellen. Eine zementierte Partnerwahl, wie sie durch eine langwierige und praktisch irreversible Aufnahme in die SI signalisiert wird, ist daher möglicherweise wenig geeignet, dieser Dynamik Rechnung zu tragen.

Erster Schritt jeder erneuerten Zusammenarbeit mit Partnern in MOE müßte eine Aktualisierung des Kenntnisstandes sein. Dabei geht es
- einerseits um **objektive Sachverhalte** (Auf welche soziale Schichten stützen sich und welche Ziele und Politiken verfolgen bestimmte Gruppen ?),
- zum anderen um **subjektive Einschätzungen:**
  -- erstens der möglichen Partner selbst (Zählen sie sich zur Sozialdemokratie im weiteren Sinne und/oder wollen sie eine engere Kooperation ?)
  -- zweitens vertrauenswürdiger Partner in MOE (Wie schätzen anerkannte Demokraten diese Gruppe/Partei ein ?) und
  -- drittens der westlichen SI-Parteien (Wie schätzen sie diese Gruppierung ein und befürworten sie eine engere Kooperation ?).

Westliche Parteien haben in vielfältiger Weise versucht, diesen **Klärungsprozeß zu organisieren.** In der SI nimmt sich neben dem Sekretariat der Auschuß für Mittel- und Osteuropa und das Europäische Forum für Demokratie und Solidarität dieser Aufgabe an - nicht immer wohl koordiniert.

Die den Parteien **nahestehenden Stiftungen** (Mozer-Stichting, Fondation Jean Jaurès, Olof-Palme-Center, Karl-Renner-Institut, FES u.a.) haben seit Jahren teils länderspezifisch, teils regionenbezogen Treffen durchgeführt, um die jeweilige politische Entwicklung und das Parteiensystem zu diskutieren. Dabei sind verschiedene Intensitätsgrade der Zusammenarbeit zu unterscheiden, die aufeinander aufbauen und bei denen nicht immer alle Stufen durchlaufen werden:
1. Austausch der jeweiligen Sichtweisen;
2. Versuch, einen Konsens in der Einschätzung herzustellen;
3. Abstimmung der Kooperation;
4. Planung und Durchführung gemeinsamer Maßnahmen.

Ein erster wichtiger Schritt in diesem Kontext ist der **Austausch von Berichten und Analysen** seitens von Missionen, Auslandsbüros und nahestehenden Forschern/Instituten (z.B. BIOSt). Die FES versendet etwa ihre Reihe "Politikinformation Osteuropa" u.a. an alle Partnerstiftungen und das Europäische Forum. Ähnlich verfährt das

Renner-Institut. Das Forum hat zeitweilig eine Clearingfunktion für derartige Berichte übernommen, aber nicht mehr in letzter Zeit.

Die **Einschätzung der Partner** erfolgt sinnvoller Weise abgestimmt zunächst ohne Beteiligung von Vertretern aus Mittel- und Osteuropa. In einer zweiten Phase können "neutrale" Wissenschaftler aus MOE und/oder Vertreter unumstritten sozialdemokratischer Parteien teilnehmen. Treffen mit Teilnahme aller in Frage kommender Organisationen bilden die letzte, anspruchsvollste und potentiell konfliktreichste Form des Austausches. Die Vergangenheit hat gezeigt, daß eine Fülle von Missionen, Incoming-Programmen und internationalen Konferenzen schließlich einen "Kontaktzirkus" veranstalten, der einerseits wichtige Politiker aus Mittel- und Osteuropa von ihren eigentlichen Aufgaben abhält und andererseits Personen als - evtl. gar exklusive - Partner wählt, die sich in ihrem Heimatland als erfolglos oder schädlich erweisen (z.B. Petrasovits).

b) Strategiedialog

Mit den Gruppen, die sowohl nach übereinstimmender Meinung im Westen und unter den wichtigen Partnern im Osten als Partner in Frage kommen, wäre dann der **Dialog zu strategischen Fragen** zu intensivieren. Inhalt eines solchen Dialogs könnten u.a. die Diskussion und Vertiefung folgender Probleme sein:

- Wie entwickelt sich die soziale Schichtung in MOE und auf welche Bevölkerungsgruppen kann sich sozialdemokratische Politik stützen ?
- Wie entwickeln sich die Präferenzen in Mittel- und Osteuropa im Spannungsfeld Staat-Markt, Gleichheit-Effizienz etc.?
- Was heißt "Soziale Demokratie" unter den Bedingungen einer Rekonstruktion des Kapitalismus ? Wie können soziale Belange bei den notwendigen Prozessen der Stabilisierung, Privatisierung und Modernisierung berücksichtigt werden ?

Das Europäische Forum, die parteinahen NGOs und die FES haben - oft in gegenseitiger Kooperation - schon bisher derartige Fragen untersucht. Hervorzuheben ist etwa die **wirtschaftspolitische Seminarserie** der Forum Economic Program Group in Zusammenarbeit mit den Stiftungen, die verschiedene Teilaspekte der Transformation (Privatisierung, Arbeitsmarkt, Sozialpolitik, Außenhandel etc.) unter Beteiligung von Experten aus MOE untersuchte. Ähnlich strukturierte Veranstaltungen wären zu politischen und soziologischen Fragen denkbar.

Dieser **verschränkte Prozeß von politischem Dialog und strategischer Analyse** wird durch eine dauerhafte Präsenz in Mittel- und Osteuropa (wie z.B. die FES-Büros) erleichtert, ohne die er nur im Zuge einer noch erheblich massiveren Reisetätigkeit vorstellbar wäre. Dabei gibt es keine Einbahnstraße eines Wissenstransfers. Die westlichen Sozialdemokraten müssen, wenn auch unter anderen Bedingungen, ihre strategischen Fragen genauso lösen wie die Mittel- und osteuropäer. Ihre gegenwärtige Identitätskrise läßt vermuten, daß sie nicht viel weiter sind. Beide Seiten können daher von der sozialen Phantasie der jeweils anderen nur profitieren.